

BUND Hamburg: „Nein“ beim Olympia-Referendum

Der BUND Hamburg hat die Diskussion um die Hamburger Olympiabewerbung intensiv begleitet und u. a. im „Dialogkreis Nachhaltigkeit“ mitgewirkt. Nach Auswertung der jetzt vorliegenden Informationen und intensiven Beratungen innerhalb des Verbandes kommt der BUND zu einer ablehnenden Haltung im Hinblick auf das anstehende Referendum am 29. November 2015.

Unkonkret und unverbindlich – Nachhaltigkeitskonzept mit Schwächen

Das Nachhaltigkeitskonzept (Arbeitsstand 05. Oktober 2015) enthält vorrangig unverbindliche Absichtserklärungen. Die wenigen konkreten Zielvorgaben wie 50 % Ökolebensmittel bei der Verpflegung während der Spiele oder ein Anteil von 25 % Radverkehr in Hamburg durch den „Katalysator Olympia“ sind nicht ambitioniert. Selbst die Orientierung des IOC an den Vorgaben der WHO zur Luftreinhaltung werden im Nachhaltigkeitskonzept nicht konstruktiv aufgegriffen¹. Das Konzept soll zudem erst nach dem Referendum in eine Nachhaltigkeitsstrategie mit verbindlichen Zahlen und Indikatoren überführt werden.

Chancen, den neuen Stadtteil Olympia City zukunftsfähig zu gestalten, werden nicht genutzt und bleiben vage. So heißt es im Masterplan Olympia City beispielsweise, dass ein Anteil des Autoverkehrs von 25 % am Verkehrsaufkommen „angestrebt“ wird. Diese Ankündigungen sind weit davon entfernt, den neuen Stadtteil konsequent autofrei zu gestalten.

Erkennbare Zielkonflikte bezüglich Olympia City werden ausgeblendet. So sollen die Gebäude von Privatinvestoren finanziert und in kürzester Zeit errichtet werden. Gleichzeitig sollen sie den höchsten ökologischen Standards entsprechen, einen hohen Anteil an Sozialwohnungen aufweisen und für Studenten, Migranten und Menschen mit Handicaps gleichermaßen attraktiv sein.

Druck auf freie Flächen wächst – Verlagerungskonzept lässt Fragen offen

Für die Nutzung des Kleinen Grasbrooks müssen verschiedene Unternehmen umgesiedelt werden. Bislang gibt es kein flächenscharfes Verlagerungskonzept. Die Umsiedlung wird eine bislang ungeklärte und in ihrer Dynamik nicht absehbare Inanspruchnahme weiterer Flächen in Hamburg auslösen. Damit wächst der Druck auch auf ökologisch wertvolle Flächen. Unter anderem soll der Travehafen zugeschüttet werden, der derzeit als Retentionsraum bei Hochwasser und als Rückzugsrefugium für Elbefische wichtige ökologische Funktionen übernimmt. Das Nachhaltigkeitskonzept kündigt zwar die Neuschaffung von Retentionsräumen als Ausgleich an, wo dies angesichts der extremen Flächenknappheit an der Hamburger Tideelbe erfolgen soll, bleibt offen. Die Kosten für entsprechende Maßnahmen werden im Finanzreport nicht ausgewiesen.

¹ http://www.olympic.org/Documents/Host_city_elections/Candidature_Questionnaire_Olympic_Games_2024.pdf

Finanzen – Hamburg trägt einseitig das Risiko

Aus der beratenden Äußerung des Landesrechnungshofes vom 8. September 2015 geht hervor, dass die finanziellen Risiken und hier insbesondere die Haftungsrisiken vollständig auf die Gastgeberstadt verlagert werden. Dies lässt sich aus den Aussagen der vom IOC neu vorgelegten „Prinzipien“ des Host-City-Vertrags ableiten.

Da sowohl der Natur- und Umweltschutz als auch andere für die Stadt wichtige Bereiche schon heute unterfinanziert sind, hält der BUND Hamburg eine einseitige Risikoverteilung zulasten Hamburgs für nicht akzeptabel.

Außerdem weist der vorgelegte Finanzreport an verschiedenen Stellen keine solide Kostenermittlung aus. In Kapitel 3, „Mobilität“, gibt es zum geplanten Ausbau von U- und S-Bahn als Grundlage für eine Kostenangabe von über 620 Mio. Euro lediglich „Kostenideen“. In Bezug auf den Hafen (Kapitel 4 des Finanzreports) basieren die kalkulierten 1,316 Mrd. Euro nur auf „ersten groben Kostenermittlungen“ und können z. T. noch deutlich „abweichen“.

Die Kosten für die Schaffung neuer Retentionsräume und Ausgleichsflächen sowie die Höhe der Schadensersatzforderungen der umzusiedelnden Hafenunternehmen sind bislang noch gar nicht beziffert. Ebenfalls nicht beziffert sind die Kosten für die im Nachhaltigkeitskonzept angekündigte Klimakompensation und die Einrichtung eines Klimaschutzfonds.

Informationen zum Referendum – Wichtiges fehlt

Um angesichts derzeit geschätzter Gesamtkosten von rund 15 Mrd. Euro für die Olympischen Spiele in Hamburg eine fundierte Entscheidung der Hamburger Wählerinnen und Wähler zu ermöglichen, hätte aus Sicht des BUND eine Kosten-Nutzen-Untersuchung wie sie die Landshaushaltsordnung vorschreibt und der Rechnungshof fordert, vorliegen müssen. Erst auf einer solchen Grundlage wäre eine Aussage möglich, ob Olympia überhaupt einen Mehrwert für die Stadt hat. Auch eine strategische Umweltprüfung, die alle ökologischen Auswirkungen beleuchtet, fehlt. Obwohl es keinen ernsthaften Grund mehr gegen ein späteres Referendumsdatum gibt, halten Senat und Bürgerschaft an dem Termin am 29.11.2015 fest.

Nach den im Finanzkonzept dargelegten Schätzungen sollen derzeit 7,4 Mrd. Euro für Olympia aus öffentlichen Haushalten finanziert werden. Davon will der Hamburger Senat nicht mehr als 1,2 Mrd. Euro bereitstellen. Eine Zusage über die fehlenden 6,2 Mrd. Euro, die die Bundesregierung an der Gesamtfinanzierung tragen müsste, ist vor dem Referendum nicht absehbar.

Angesichts der hohen Risiken hatte der BUND Hamburg vorgeschlagen, eine Ausstiegsklausel mit dem Referendum zu verbinden, in der Senat und Bürgerschaft angehalten werden, bei einer hohen Kostensteigerung oder ungelösten Umweltproblemen die Bewerbung zurückzuziehen. Zur Abstimmung im Referendum steht jedoch nur eine einfache Ja/Nein-Frage.

Zu weiteren Fragen in Verbindung mit der Hamburg-Olympia-Bewerbung nimmt der BUND Hamburg als Umweltverband ausdrücklich keine Stellung. Allerdings können wir nachvollziehen, dass es zu den IOC-Sponsoren oder Fragen der sozialen Stadtentwicklung weiteren Klärungsbedarf gibt. Nicht akzeptabel für den BUND ist, dass für ggf. kritische Veranstaltungen zum Thema Olympia während der Spiele eine Zustimmung des IOC erforderlich sein soll.

Die Genehmigungshoheit für Demonstrationen und ähnliche Veranstaltungen darf die Stadt nicht aus der Hand geben.

Umwelt und Natur haben das Nachsehen – Erfahrungswerte

Bereits in der Vergangenheit haben die verantwortlichen Senate umweltrelevante Planungsvorgaben unter Zeit- und Finanzdruck missachtet bzw. sind ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Kompensation nicht oder nicht ausreichend nachgekommen. Der Eingriff in das Mühlenberger Loch, die Genehmigung des Kohlekraftwerks Moorburg, die Planung der Elbvertiefung oder auch die Internationale Gartenschau (IGS) sind hier markante Beispiele.

Aus anderen Austragungsorten von Olympischen und Paralympischen Spielen liegen ebenfalls Erfahrungen vor. London 2012 gilt zwar als Meilenstein für nachhaltige Spiele, es wurden aber mehr als 50 % der ursprünglich geplanten 76 Nachhaltigkeitsmaßnahmen (One Planet Living Principles) nicht oder nicht ausreichend umgesetzt². Von den zusätzlich emittierten rund 3,3 Mio. Tonnen CO₂ wurden weniger als 300.000 Tonnen kompensiert³.

Hamburg, 15.10.2015

² <http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/towards-a-one-planet-olympics-revisited.pdf>

³ http://www.mma.gov.br/estruturas/255/_arquivos/carbon_footprint_study_relat_255.pdf